



Zeichnung: Thilo Weckenüller

## Einladung

zu einer Matinee  
am Jahrestag der Befreiung  
von Faschismus und Krieg

### Programm

Dokumentarfilm

„... über Werk und Wirkung von Ettie und Peter Gingold“

## 8. Mai 2011

11 bis 13 Uhr

DGB-Gewerkschaftshaus, großer Saal

Frankfurt am Main

Wilhelm-Leuschner-Str. 69-77

### Gesprächsrunde

Sigmund Gingold, Paris

Hans Heisel, Widerstandskämpfer in der Resistancé

Katinka Poensgen, IG-Metall Frankfurt/Main

Anke Hätzel, Betriebsrätin, ver.di

Lena Carlebach, Lagerarbeitsgemeinschaft Buchenwald-Dora

Moderation: Anne Wanninger und Mathias Meyers

### Musik

Politokk



Pünktlich zum Sommerbeginn findet vom **24.-26. Juni 2011** in Dortmund im Revierpark Wischlingen das **UZ-Pressfest** - Volksfest der DKP statt. Es ist das 17. Fest, mit dem die Deutsche Kommunistische Partei für ihre Politik und für ihre sozialistische Wochenzeitung UZ wirbt. Die Feste sind inzwischen zum größten und schönsten Fest der Linken in Deutschland geworden.

Unsere Gäste sagen:

**Das interessanteste,**

**Das spannendste,**

**Das schönste**

## Volksfest der Linken.

Anmeldungen für den Campingplatz und die Stellplätze für Wohnmobile bitte unter [pressfest-camping@dcp.de](mailto:pressfest-camping@dcp.de).



### Der Bus zum Pressfest ist startklar ...

... wer nicht als Helfer oder alle drei Tage zum UZ-PRESSEFEST fahren möchte oder kann, für den haben wir einen 50-Personen-Bus gechartert. Kommt mit uns zum größten, buntesten, internationalsten Fest der Linken in Deutschland! Ein tolles Programm, kulinarische Leckereien, Kultur in allen Schattierungen, Gäste aus (mindestens) vier Kontinenten freuen sich auf Euren und unseren Besuch. Gutes Wetter ist von uns auch bestellt worden. Also, was soll jetzt noch davon abhalten, mit zumachen? Der Fahrpreis ist trotz Ölmultis und E10 immer noch bei 20,- Euro (so billig gibt es nirgendwo Dortmund hin und zurück, noch nicht einmal beim BVB).

Anmeldungen:

per E-Mail: [kl.seibert@web.de](mailto:kl.seibert@web.de)

oder Mobiltelefon: H. Leipold 0176- 78660991

ABFAHRT: Samstag, 25. Juni 2011, 8:00 Uhr von Hanau/Freiheitsplatz über HU-Hbf. nach Dortmund.

RÜCKFAHRT: Samstag, 25. Juni 2011, 22:30 Uhr von Dortmund nach Hanau und Offenbach.



Eine CDU-Fahne auf dem UZ-Pressfest - WARUM? Es ist die Fahne der portugiesischen „Coligação Democrática Unitária“ (Vereinte Demokratische Koalition - CDU; Bündnis von KP und Grünen)

# FRANKFURTER STADTZEITUNG

Zeitung der  
**Deutschen Kommunistischen Partei**  
Frankfurt am Main

April / Mai 2011



## Libyen

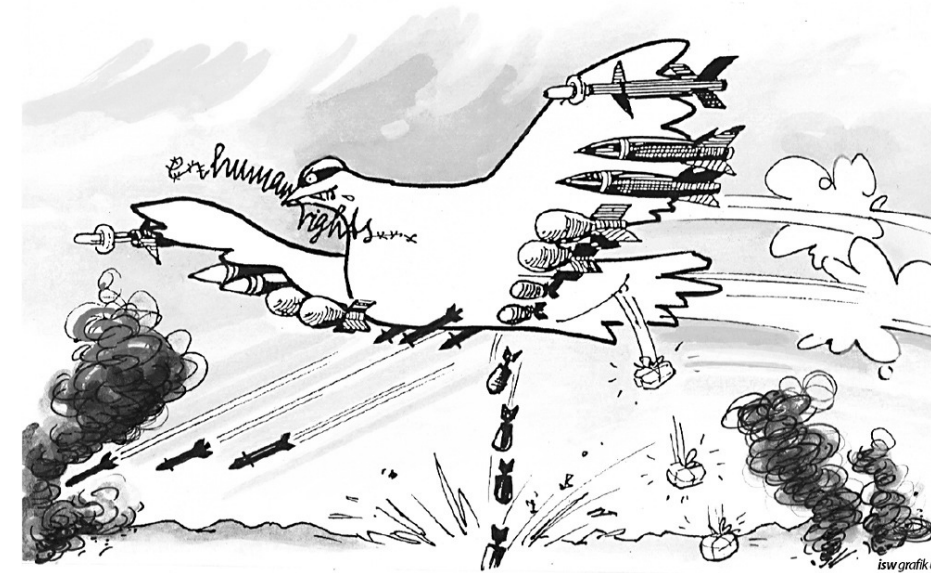
### – (k)ein Krieg für Öl !!!

Die NATO-Einsätze gegen Libyen erfolgen – trotz des Mehrheitsbeschlusses des Sicherheitsrates 1973 – entgegen dem Regelwerk der UN. Denn:

- Libyen hat kein anderes Land angegriffen.
- Es gefährdet nicht den "Weltfrieden".
- Es gibt keinen "Völkermord" im Land, sondern allein interne Auseinandersetzungen um die Macht.

Zahlreiche Festlegungen im Völkerrecht verbieten – wie auch in diesem Fall – ein militärisches Eingreifen von außen in die inneren Angelegenheiten eines Landes.

Nach Artikel 42 der UN-Charta darf der Sicherheitsrat nur dann zu militärischen Mitteln greifen, wenn eine Bedrohung oder ein Bruch des Friedens oder eine Angriffshandlung vorliegt. Die angeblich für "Demokratie" und "Menschenrechte" eintretenden NATO-Akteure lassen sich jedoch nicht beirren. Sie fühlen sich sicher und verfolgen konsequent die eigenen Ziele: Es geht um den direkten Zugriff der



**HUMANITÄRE HILFE**

isw –institut für sozial-ökologische wirtschaftsforschung e.V.

großen Konzerne auf libysches Öl und Erdgas sowie offenbar auch auf die unter der Wüste lagernden größten Süßwasserreserven der Region.

Und zur Durchsetzung der Ziele sind alle Mittel recht, müssen alle Hindernisse beseitigt werden; wie schon bei anderen Brüchen der UNO-Vorgaben: in Jugoslawien, im Irak, in Afghanistan. Dabei vergessen wir nicht, dass die Bundesre-

gierung sich allein aus taktischen, innenpolitischen und ökonomischen Gründen bei der UN-Resolution enthalten hat. Deutschland beteiligt sich jetzt auch direkt am NATO-Einsatz, US-Truppen nutzen ihre Militärbasen in Deutschland und vor dem Hintergrund des Libyen-Krieges hat Deutschland beschlossen, die Zahl der Bundeswehrsoldaten in Afghanistan zu erhöhen.

### Aus Wut wird Mut.

Viele Jahre lang behaupteten Regierungen in aller Welt, Kernenergie sei völlig sicher. Und sie sei notwendig, weil man ansonsten den wachsenden Energiebedarf der Menschheit und vor allem der Unternehmen nicht befriedigen könne. Störfälle wurden selten bekannt, die Auswirkungen blieben meist lokal beschränkt.

Am 28. März 1979 ereignete sich jedoch ein schwerer Nuklearunfall im Kernkraftwerk bei Harrisburg, USA. Es kam zu einer partiellen Kernschmelze - und zu Protesten im Land sowie in Europa, zur Formierung

*Fortsetzung S. 2*

**Lieber  
die Faust  
auf den Tisch,  
als die Hände  
in die Tasche!**

**DKP**





Fortsetzung von Seite 1 „Aus Wut wird Mut.“

einer breiteren Anti-AKW-Bewegung. Die Öffentlichkeit wurde aufmerksamer.

Die Katastrophe von Tschernobyl 1986 zeigte vielen Zweiflern, dass die Anti-AKW-Bewegung mit ihren Einschätzungen und Aktionen Recht hatte. Die Betreiber von Kernkraftwerken in den USA, in Westeuropa und der Bundesrepublik nutzten die Situation aber auch, um von Störfällen und der Unsicherheit der eigenen Atommeiler abzulenken.

Bis zum heutigen Tag wird behauptet: Das war ja nur die marode Technik der Sowjets, das ist bei uns nicht möglich.

Man begann von "verbleibenden Restrisiko", das aber beherrschbar sei, zu reden.

"Restrisiko"? Dieses Gerede sollte abwiegeln, tatsächliche Gefahren klein reden, davon ablenken, dass auch ein solches "Restrisiko" zu tödlichen Wirkungen führen kann und deshalb nicht zu akzeptieren ist. Jahre später, mit der Erkenntnis, dass ein Klimawandel droht, kam die Mär hinzu, die offenbar auch Kanzlerin Merkel bevorzugt: Die CO<sub>2</sub>-freie Kernenergiegewinnung sei eine "Brückentechnologie", die in das "Ökoenergie-Zeitalter" führe. Und zwei Tage nach Erdbeben und Tsunami in Japan – als längst bekannt war, dass es zu einer nuklearen Katastrophe kommen kann – erklärte sie noch, ganz im Sinne des Deals, den die Bundesregierung im Herbst 2010 mit den großen Energiekonzernen zur Laufzeitverlängerung deutscher AKWs geschlossen hatte: "Ich kann heute nicht erkennen, dass unsere Kernkraftwerke nicht sicher sind. Sonst müsste ich sie ja mit meinem Amtseid sofort abschalten."

Nur wenige Stunden später folgte eine Kehrtwende. Die Bundesregierung lenkte ein. Scheinbar. Wohl aufgrund wachsender Empörung im Land. Viele Menschen reagieren mit Entsetzen auf die japanische Tragödie, zu der jetzt soziales Elend kommt, und sie reagieren mit Ablehnung auf die Rechtfertigung der Atomenergiepolitik durch die Bundesregierung.

...Diese Bundesregierung wird ihre Atompolitik nicht ändern, wenn nicht vor allen die außerparlamentarische Bewegung massiv an Kraft gewinnt und Druck ausübt. Es geht um das Leben und die Zukunft.

Deshalb die Forderung nach sofortigem Ausstieg aus der Kernenergiegewinnung und nach Abschaltung aller AKW.

Doch die Forderung allein wird aus Sicht der DKP nicht ausreichen, wenn nicht die Energiekonzerne in öffentliches Eigentum überführt und demokratisch kontrolliert werden. Derzeit wird übrigens in einigen Kommentaren bürgerlicher Medien behauptet, dass sich mit dem GAU in Tschernobyl schon das Ende des Sowjetsozialismus angekündigt habe. Folgt man dieser Argumentation, dann kündigt sich in Japan gerade das Ende des Kapitalismus an. Zeit wäre es, denn der ist schon lange "überreif".

Nina Hager (stv. Vorsitzende der DKP), Referat 3. PV-Tagung, 26./27. März 2011

**Atomkraftwerke  
abschalten – sofort!  
Atom-Mafia enteignen!**



### Wegwerfhelden

50 heldenhafte Arbeiter sind nach dem GAU in Fukushima in dem AKW geblieben, um die Kühlung in den sechs Reaktoren wieder halbwegs in Gang zu bringen. Der Aufenthalt in einem havarierten Kernkraftwerk ist mit hoher Wahrscheinlichkeit tödlich. Über die Hintergründe hat der ARD-Korrespondent Robert Hetkämper am 17. März im WDR berichtet. Während Tepco-Manager sich im Fernsehen ein wenig entschuldigen, setzen ihre Lohnabhängigen aus nackter Not ihr Leben ein. "Es sind oft Obdachlose. Es sind sehr viele Gastarbeiter, es sollen sogar Minderjährige dabei sein, die seit Jahren dort immer wieder angeheuert werden und dann, wenn sie eine Zeit lang dort gearbeitet haben und halbwegs verstrahlt sind, gefeuert werden. Wegwerfarbeiter hat man sie hier in Japan genannt.", sagt Hetkämper.

In Deutschland ist es übrigens seit Jahrzehnten Usus, für gefährliche Arbeiten in AKW Leiharbeiter einzusetzen. Schon vor 25 Jahren berichtete der Spiegel: "Überall, wo in der westlichen Welt Atommeiler laufen, greift die Industrie mit Vorliebe auf Aushilfsstruppen zurück. ... Zupacken müssen die Atomarbeiter vornehmlich dort, wo sie radioaktiver Strahlung ausgesetzt sind: etwa am Reaktorkern oder am Rohrleitungssystem - Gefahrenzonen, die in der offiziellen Sprachregelung behutsam als "Kontrollbereich" umschrieben werden und die niemand gern betritt." (<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13517395.html>). Die einen bekommen eben Orden, die anderen einen satten Profit.

### DKP Frankfurt

Hansteinstr.4  
60318 Frankfurt am Main  
Telefon: 069 - 95 51 76 04  
Fax: 069 - 95 51 76 05  
email: [info@dkp-frankfurt.de](mailto:info@dkp-frankfurt.de)  
Internet: [www.dkp-frankfurt.de](http://www.dkp-frankfurt.de)

V.i.S.d.P.: B. Frey Eisen, Hansteinstr. 4

## Die Welt von Kapital und Arbeit

### Arbeitswelt in Frankfurt – hätten Sie's gewusst?

1. Wieviele "Minijob"-Stellen gibt es in Frankfurt?  
a) 46.000 b) 76.000 c) 490.000
2. Wieviele Leiharbeitsverhältnisse gibt es in Frankfurt?  
a) ca. 5.000 b) ca. 15.000 c) ca. 25.000
3. Ab wie wenig Stundenlohn wird ein Arbeitsplatz in Hessen zum "Niedriglohnsektor" gerechnet?  
a) 11,00 Euro b) 9,50 Euro c) 6,90 Euro
4. Wieviele Beschäftigte in Hessen arbeiten im Niedriglohnsektor?  
a) über 5% b) über 10% c) über 20%
5. Offiziell "arbeitslos" sind Anfang 2011 über 27.000 FrankfurterInnen. Wieviele offene Stellen gibt es laut BA in Frankfurt?  
a) ca. 20.000 b) ca. 12.000 c) ca. 8.000
6. Und wieviele von diesen offenen Stellen sind Leiharbeitsplätze?  
a) 25% b) 35% c) 45%.
7. Im August 2010 wurde gemeldet, dass die BA seit 2005 50 Milliarden Euro ausgegeben hat, um den Lohn von Berufstätigen auf Hartz IV-Niveau *anzuheben*. Wieviele "Aufstocker" gibt es in Frankfurt?  
a) 6.000 b) 12.000 c) 20.000



1. Es gibt etwa 490.000 sozialversicherungspflichtige Stellen in Frankfurt sowie ca. **76.000 geringfügige Beschäftigungsverhältnisse**, davon etwa 46.000, die nicht als Nebenjob ausgeübt werden – von denen also jemand leben muss. Von Juni 2009 bis Juni 2010 ist die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Stellen etwa konstant geblieben, die der geringfügigen aber um 5% gestiegen, das ist ein stärkerer Anstieg als im Rest der Republik (dort nur 1%).

2. Von 2009 auf 2010 stieg die Anzahl der **Leiharbeitsplätze** in Frankfurt von 11.901 auf **14.227**, d.h. um fast 20%! Nach einer Studie der Bundesagentur für Arbeit beträgt der Durchschnitts-Bruttolohn einer Leiharbeitskraft inklusive aller Zuschläge **1.393 Euro**. Das ist weniger als die Hälfte des Durchschnittsbruttolohns in Hessen (2009: 2.959 Euro) und 900 Euro weniger als der Durchschnittsbruttolohn aller ungelerten Beschäftigten.



3. In Westdeutschland und damit auch in Hessen ab 9,50 Euro. Ca. 6,90 Euro sind es in Ostdeutschland. Bei durchgängig etwa 11 Euro Stundenlohn erreicht man eine Rente auf Hartz-IV-Niveau.

4. In Hessen wächst der Niedriglohnsektor, und zwar schneller als im restlichen Deutschland. Nach einer Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung liegt der Niedriglohnanteil in Hessen (unter 9,50 Euro brutto/Std. inkl. Sonderzahlungen) bei 21,3% (Bundesgebiet: 20,9%). Auch Vollzeitstellen sind betroffen: **12,1% der Vollzeitstellen in Hessen sind Niedriglohnstellen!** Hessen vorn: für die Kapitalseite sicherlich.

5. 8.121 genau, im Januar 2011.

6. 3.674, oder 45,2%. Wer seine Arbeit verliert, findet sich schneller in Leiharbeit, als er oder sie denkt.

7. Etwa 12.000 Menschen in Frankfurt erhalten für ihre Arbeit so wenig Lohn, dass sie noch nicht einmal Hartz IV-Niveau erreichen (das sind in Frankfurt ca. 930 Euro; durchschn. Bezug pro Bedarfsgemeinschaft 2009: 934 Euro inkl. Leistungen für Unterkunft und Heizung). Davon sind **4.000 Vollzeitbeschäftigte**.

**Fazit:** Vollzeitstellen, von denen man leben kann, werden aufgelöst in Minijobs oder ausgelagert als Leiharbeitsstellen. Dadurch werden Arbeitnehmer erpressbar. Sind sie erst mal erpressbar, dann werden sie auch immer billiger.

Dies ist eine langfristige Tendenz: es gibt keinen Grund anzunehmen, dass diese Entwicklung sich von allein umkehrt. Aber das ist kein Naturgesetz, sondern politisch gewollt.

Es kann und muss umgekehrt das politische Ziel sein, jeder und jedem ein anständiges Auskommen zu garantieren!

(Quellen: Bundesagentur für Arbeit: Arbeitsmarkt in Zahlen; Statistisches Jahrbuch der Stadt Frankfurt; Bundestagsdrucksache 17/4764)

Rabe  
meint...



Es ist schon recht interessant, dass die Menschenrechte und die Humanität immer wieder als Begründung für Kriege herhalten müssen. Diesmal als Begründung für den Kriegseinsatz in Libyen.

Als Grund wird "der Schutz der Bevölkerung" genannt. Jetzt auf einmal ist der Schutz der Bevölkerung wichtig. Jahrelang wurden Ghaddafi und seine Regierung nicht nur von fast allen Staaten hofiert, vor allem aus Deutschland kamen Waffen und militärische Ausrüstungsgüter. Humanitäre "Hilfe" für die Bevölkerung? – Nein, wirtschaftliche Interessen!

Libyen - einer der für Europa wichtigen Öllieferanten: 10% der Erdölimporte Europas kommen aus Libyen. Die Ölvorräte in Libyen gehören zu den 10 größten weltweit.

An Libyens Ostküste liegen die bedeutendsten Umschlagshäfen für den Öl- und Gasexport; hier laufen die Öl- und Gaspipelines aus dem südlich gelegenen Sirte-Becken zusammen. Libyen verfügt über gigantische Süßwasserreserven tief unter der Wüste. – Wasser, das ist Grundlage des Lebens.

Die Durchsetzung sozialer und demokratischer Rechte für die Bevölkerung in allen diesen Ländern spielt letztlich keine Rolle. Demokratische und soziale Verbesserungen wird die Bevölkerung Libyens mit der militärischen Hilfe des Westens nicht durchsetzen können - ganz im Gegenteil.

Der Krieg kann eine Verhandlungslösung zwischen den Konfliktparteien nur erschweren, auch jede progressive Entwicklung in Libyen kann der Krieg nur schwerer machen.

meint  
Euer Rabe